

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Mittwoch, 10. November 2010 19:59
An: unsere.kinder@caritas-linz.at; Morawek Christian Mag. KINDERFREUNDE WIEN
Betreff: Sammelmeldung 11.11.2010
Anlagen: flugblatt_web.pdf; IP 2010 UKI .pdf

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

SAMMELMELDUNG**FACHMESSE INTERPÄDAGOGICA IN LINZ**

UNSERE KINDER – Österreichs Fachverlag für
Bildung und Betreuung in der frühen Kindheit

Kapuzinerstraße 84, A- 4020 Linz
Tel. +43 (0) 732/7610-2091, Fax DW -2099
E-Mail: unsere.kinder@caritas-linz.at
URL: www.unserekinder.at

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe PädagogInnen und Interessierte!

Ab morgen, 11. 11., früh findet bis Samstag, 13. 11., abend im Linzer Design Center
die **Fachmesse Interpädagogica** statt.

Wir laden Sie (bzw. Ihre KollegInnen, FreundInnen, SchülerInnen ...) nochmals dazu
herzlich ein, vor allem zum Besuch des UNSERE KINDER-Standes (Nr. 420). Unser
attraktives Fachprogramm (sh. Beilage) verdient viele interessierte BesucherInnen.
Ermäßigte Eintrittskarten (7,- Euro statt 10,50 Euro) finden Sie im letzten UNSERE
KINDER-Heft bzw. im Internet unter: www.interpaedagogica.at

Ganz besonders ist uns die österreichische Erstaufführung des Frühpädagogik-Films
„Lisette und ihre Kinder“ in Anwesenheit der von Lisette und der Regisseurin Sigrid
Klausmann am Freitag von 15,30 bis 17,30 Uhr (Raum 2) ein Anliegen. Nutzen Sie
diese außergewöhnliche Gelegenheit und weisen Sie bitte andere darauf hin!

In der pdf-Beilage „IP 2010...“ finden Sie eine Übersicht über die Programmpunkte
von „UNSERE KINDER“.

Wir freuen uns sehr auf die Begegnung mit Ihnen!

Herzliche Grüße aus der UNSERE KINDER-Redaktion,
Martin Kranzlgreinecker

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 10.11.2010 19:59:01

[BM:UKK / BM.W F](#)

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWf Homepage](#)

[Alle Informationen des bm:ukk und des bm.w f zur PädagogInnen-Ausbildung NEU](#)

[Stellungnahme der Bundesorganisation der Österreichischen Kinderfreunde](#)

[BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM](#)

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[BURGENLAND](#)

[Meldungen:](#)

["Religionsleitfaden" für alle Kindergärten](#)

[KÄRNTEN](#)

[Meldungen: keine](#)

[NIEDERÖSTERREICH](#)

[Meldungen: keine](#)

[OBERÖSTERREICH](#)

[Meldungen: keine](#)

[SALZBURG](#)

[Meldungen:](#)

[Dr. Tina Widmann als neue Landesrätin angelobt](#)

[STEIERMARK](#)

[Meldungen: keine](#)

[TIROL](#)

[Meldungen:](#)

[ÖGB Tirol: Moderne Familienpolitik braucht flächendeckende Kinderbetreuung](#)

[VORARLBERG](#)

[Meldungen: keine](#)

[WIEN](#)

[Meldungen:](#)

[Kein Anspruch mehr auf Nachmittagsbetreuung im Kindergarten, wenn Mutter mit zweitem Kind in Karenz geht - Eltern fühlen sich vor Kopf gestoßen](#)

[→ Siehe auch: Kundgebung und flashmob - „Ein weißes Band für Kinderrechte“](#)

[FAMILIENPOLITIK](#)

[Familien: "Mehr Geld führt nicht automatisch zu mehr Kindern"](#)

[FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG](#)

["Interpädagogica 2010" im Design Center Linz - BILD](#)

KINDERBETREUUNG

[Deutschland – BM Kristina Schröder: "Der Ausbau der Kinderbetreuung muss noch weiter an Dynamik gewinnen"](#)

KINDERRECHTE

[BZÖ schlägt "Sachkoalition" vor](#)

➔ [Siehe auch: Kundgebung und flashmob - „Ein weißes Band für Kinderrechte“](#)

PLATTFORM EDUCARE

[Selbstverständnis](#)

[Forderungen](#)

[Mitglieder](#)

[Presse-Aussendungen](#)

[Österreich: Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" startet | Gateo](#)

[Österreich: Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" startet ... von PR-Gateway](#)

[Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" wird von Plattform EduCare ...](#)

[News Portal 24 - Schwerpunktpapier zum "Volksbegehren Bildungsinitiative"](#)

[Österreich: Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" startet « ticker2press](#)

[Österreich Volksbegehren Bildung ist Zukunft startet](#)

[Österreich: Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" startet ...](#)

[Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" wird von Plattform EduCare ...](#)

[Österreich: Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" startet](#)

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

[Kundgebung und flashmob - „Ein weißes Band für Kinderrechte“](#)

DIE AKTION:

HINTERGRUND:

WAS WIR UNS VON ALLEN KINDERFREUNDINNEN UND KINDERFREUNDEN WÜNSCHEN:

VOLKSBEGEHREN BILDUNGSINITIATIVE „BILDUNG IST ZUKUNFT“

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Frühe Mehrsprachigkeit als Potential](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

BM:UKK / BM.W_F

BM:UKK-Homepage

BMWF Homepage

Alle Informationen des [bm:ukk](#) und des [bm.w_f](#) zur PädagogInnen-Ausbildung NEU

Stellungnahme der Bundesorganisation der Österreichischen Kinderfreunde



Bundesorganisation
Rauhensteingasse 5/5
1010 Wien

Frau Bundesministerin

Dr.ⁱⁿ Claudia **Schmied**, claudia.schmied@bmukk.gv.at

Frau Bundesministerin

Dr.ⁱⁿ Beatrix **Karl**, beatrix.karl@bmwf.gv.at

Geschäftsstelle der ExpertInnengruppe „LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe“

- zu Händen Frau Mag.^a Elisabeth **Frank**, bm:w_f, Elisabeth.Frank@bmwf.gv.at
- zu Händen Frau Mag.^a Ursula **Zahalka**, bm:ukk, Ursula.Zahalka@bmukk.gv.at

In Kopie an:

Herrn Mag. Dr. Peter **Härtel**, Vorsitzender der ExpertInnengruppe,
Geschäftsführer Steirische Volkswirtschaftliche Gesellschaft, ph@stvg.com

Zur Information an:

- Herrn SektChef Kurt **Nekula** MA, kurt.nekula@bmukk.gv.at
- Frau Mag.^a Angela **Weilguny**, angela.weilguny@bmukk.gv.at
- Frau MinRⁱⁿ Mag.^a Maria **Dippelreiter**, maria.dippelreiter@bmukk.gv.at
- Herrn Mag. Maximilian **Richter**, maximilian.richter@bmwf.gv.at
- Herrn SektChef Mag. Friedrich **Faulhammer**, friedrich.faulhammer@bmwf.gv.at

Ergeht auch an:

- alle Mitglieder des Bundesvorstandes der Kinderfreunde
- alle GeschäftsführerInnen der Landesorganisationen der Kinderfreunde
- die Roten Falken Österreich
- die Initiative Kindergartenpädagogik NEU
- die Plattform EduCare
- die Arbeitsgruppe Primar- und Elementarpädagogik in der Steiermark

Stellungnahme der Bundesorganisation der Österreichischen Kinderfreunde zu dem vom im Auftrag der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur sowie der Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung erstellten Endberichtes der ExpertInnengruppe „LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der pädagogischen Berufe.“

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr.ⁱⁿ Schmied!
Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr.ⁱⁿ Karl!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Österreichischen Kinderfreunde begrüßen die Initiative des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur sowie des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung zur Reform der Ausbildung für **alle** PädagogInnen. Wir hoffen, dass die Ergebnisse aus dem Endbericht der ExpertInnengruppe und der nachfolgenden Diskussionen rasch umgesetzt werden können.

Positiv sehen wir auch, dass die Möglichkeit des **Quereinstiegs** aus anderen Berufen und das Professionalisierungskontinuum als Basis für lebensbegleitende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen empfohlen wird.

Die Österreichischen Kinderfreunde sind in den Gremien der Plattform EduCare und der Initiative Kindergartenpädagogik NEU vertreten und tragen daher deren Stellungnahmen vollinhaltlich mit.

Gewisse Aspekte möchten wir in unserer separaten Eingabe besonders herausstreichen und damit ihre Wichtigkeit für die Elementarpädagogik in Österreich besonders betonen.

Grundsätzlich regen wir an, in zukünftigen Diskussionen richtig von einer

„PädagogInnenbildung NEU“

und nicht von „LehrerInnenausbildung NEU“ zu sprechen.

Mit der erfreulichen Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres und des bundesweit gültigen Bildungs-Rahmenplanes wurde der Kindergarten auch offiziell zur **ersten und damit elementaren Bildungseinrichtung** in der Bildungsbiografie aller österreichischen Kinder.

Um dies zu verdeutlichen, schlagen wir vor, dass einheitlich folgende Begriffe verwendet werden:

- **Elementare Bildungseinrichtung,**
- **Elementarpädagogik und**
- **ElementarpädagogInnen.**

Dass die Grundausbildung von ElementarpädagogInnen nach wie vor auf der Sekundarebene – in der BAKIP – erfolgen soll, wie dies die ExpertInnenkommission noch vorschlägt, **widerspricht allen internationalen Erfahrungen und ist für die Gleichwertigkeit der zukünftigen PädagogInnen diskriminierend bzw. dem modularen Aufbau der Ausbildung hinderlich. Sie ist daher – ausgenommen für eine Übergangszeit - aus unserer Sicht gänzlich abzulehnen!**

Wir meinen, dass die BAKIP in ein Oberstufenrealgymnasium (ORG) mit sozialpädagogischem und musisch-kreativem Schwerpunkt umgewandelt werden soll. Damit würde sie zu einer *vorbereitenden Schule* für alle pädagogischen Berufe so wie etwa auch kaufmännische oder technische BHS nicht als *Grundausbildung* für ein WU/TU-Studium angesehen werden, sondern allenfalls einen *leichteren/besseren Zugang* zu diesen Studien bieten.

Wir sind überdies der Überzeugung, dass die derzeitige **unterschiedliche Definition von Arbeitszeit** - das heißt Anwesenheit in der Gruppe/Klasse, Vor- und Nachbereitungszeit, Weiter- und Fortbildung, Elternarbeit, Teamarbeit, Ferienregelungen u. s. w. - bei Elementar- und SchulpädagogInnen dazu führen würde, dass auch eine gleichwertige Ausbildung zum/zur Elementarpädagogen/in für die StudentInnen wenig attraktiv sein wird. Erfahrungen aus anderen EU-Ländern bestätigen diese Einschätzung.

Das derzeit sehr unterschiedliche **Dienst- und Besoldungsrecht** macht den Beruf der ElementarpädagogInnen – auch für tertiär ausgebildete PädagogInnen - unattraktiv.

Wir fordern daher, dass alle Bildungseinrichtungen in Kompetenz und Qualitätskontrolle des Bundes stehen müssen.

Es braucht ein

- **bundesweit einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht** für alle PädagogInnen (somit auch der ElementarpädagogInnen) und damit einhergehend die
- **Eingliederung des elementaren Bildungsbereiches** in das österreichische Bildungswesen mit **Grundsatz- und Ausführungsgesetzgebung beim Bund**.

Die derzeitige Aufsplitterung in Länder- und Gemeindekompetenzen (und die damit einhergehenden unterschiedlichen Gesetze und Verordnungen) widerspricht allen Forderungen nach *Kostentransparenz*, ist sowohl für die Berufsgruppe als auch für die Trägerorganisationen immens *nachteilig* und *verhindert vor allem optimale Arbeit* für die anvertrauten Kinder.

Um ein national einheitliches Bild von allen im elementaren Bildungsbereich tätigen Professionen zu erlangen, bedarf es weiters unbedingt klar definierter **bundesweit gültiger Berufsprofile**, die in breit gefächerten Arbeitsgremien unter Einbeziehung aller Berufsfelder der Elementarpädagogik erarbeitet werden müssen. Daraus wird es notwendig sein, zu definieren, welcher Ausbildungsabschluss für welche Aufgaben erforderlich ist.

Dringend notwendig dafür ist auch **ein bundesweit gültiges (Rahmen-) Gesetz für die Qualitätssicherung** aller elementarpädagogischen Einrichtungen.

Die Plattform EduCare hat bereits vor Jahren einen [Entwurf für ein solches Gesetz](#) vorgelegt, der auch in Initiativanträgen von SPÖ bzw. den GRÜNEN Grundlage der Überlegungen war.

Zur Aufrechterhaltung der Bildung, Erziehung und Betreuung in den elementaren Bildungseinrichtungen sind selbstverständlich entsprechende Übergangsregelungen für die Übernahme der bislang tätigen Personen mit den – auch nach Trägern - unterschiedlichen Ausbildungsabschlüssen, Fortbildungsstudien und Praxiserfahrungen auszuarbeiten.

Die bereits bei Ihnen vorliegenden Stellungnahmen

1. [Statement der Arbeitsgruppe Elementar- und Primarpädagogik in der Steiermark](#)
2. [Stellungnahme der Initiative Kindergartenpädagogik NEU](#)
3. [Stellungnahme der Plattform EduCare](#)

betrachten wir, wie bereits ausgeführt, als **integrierende Teile unserer Stellungnahme**, die diese in wesentlichen Punkten vervollständigen, ergänzen und präzisieren.

Die Österreichischen Kinderfreunde sind gerne bereit, sich in allen Bereichen konstruktiv mit ihren Erfahrungen und Visionen einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen



LH-Stv. Josef Ackerl
Bundesvorsitzender

Gernot Rammer, MAS
Geschäftsführer

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen:

"Religionsleitfaden" für alle Kindergärten

ORF.at

Im Schwenk der ÖVP in Sachen Familienpolitik hin zu mehr Kinderbetreuung und weniger finanzieller Förderung für Familien sieht Resetar keinen Widerspruch ...

➔ Siehe auch: <http://www.plattform-educare.org/rpb.htm>

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:

Dr. Tina Widmann als neue Landesrätin angelobt

Die Pinzgauerin wurde in offener Abstimmung einstimmig zur Nachfolgerin von Doraja Eberle gewählt

Salzburger Landeskorrespondenz, 10.11.2010

(LK) Am Beginn der Plenarsitzung des Salzburger Landtages stand heute, Mittwoch, 10. November, die Neuwahl eines Mitgliedes der Landesregierung auf der Tagesordnung. Die ÖVP hat dafür als Nachfolgerin von Landesrätin Doraja Eberle, die aus persönlichen Gründen ihre politischen Ämter zurückgelegt hat, Dr. Tina Widmann nominiert. Sie wurde in offener Abstimmung einstimmig zur neuen Landesrätin gewählt und anschließend von Landtagspräsident Simon Illmer auf die Landesverfassung angelobt.

Im Anschluss an ihre Wahl und Angelobung im Landtag wurde die neue ÖVP-Landesrätin in einer Sitzung der Landesregierung durch Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller auf die Bundesverfassung angelobt. Zugleich wurde von der Regierung eine Änderung der Geschäftsordnung der Salzburger Landesregierung (Verordnung der Landesregierung, mit der die Geschäftsordnung der Salzburger Landesregierung geändert wird; Landesgesetzblatt Nr. 78/2010) beschlossen, durch die für alle Ressorts der bisherigen Landesrätin Eberle nunmehr deren Nachfolgerin Dr. Widmann verantwortlich ist. Dazu zählen Kinderbetreuung, Jugend, Familie und Senioren, Volkskultur, Erhaltung des kulturellen Erbes, Gemeindeentwicklung, Integration und Grundversorgung sowie der Nationalpark Hohe Tauern. Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller strich den harmonischen Übergang von Landesrätin Doraja Eberle zu Landesrätin Tina Widmann heraus, der von Herzlichkeit und Wärme begleitet gewesen sei und ersuchte die neugewählte Landesrätin in der Zusammenarbeit mit dem Regierungspartner immer das Miteinander in den Vordergrund zu stellen.

Tina Widmann wurde am 26. April 1960 in Karlsruhe geboren und übersiedelte bereits drei Jahre später mit ihrer Familie nach Anif, wo sie auch in die Volksschule ging. Nach dem

Besuch des Privatgymnasiums der Ursulinen in Elsbethen absolvierte sie die Handelsakademie Salzburg. In weiterer Folge studierte sie an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg und arbeitete daneben als Berufsanwärterin bei einem Steuerberater sowie als Buchhalterin in einer Sportmodenfirma. 1986 promovierte Tina Widmann zur Doktorin der Rechte.

Von 1986 bis 1988 unterrichtete sie in der Wirtschaftskammer für Meisterprüfungs-, Gastgewerbekonzessionsprüfungs- und Umschulungskurse das Fach "Recht". Nach dem frühen Tod ihres Vaters im Jahr 1996 schrieb und veröffentlichte Dr. Widmann ihm zum Gedenken ihr erstes Kinderbuch, den ersten Band von "Die Schluchtensusi", dem 1999 der zweite Band folgte. Im Jahr 2000 nahm sie das Fernstudium an der Evangelischen, religionspädagogischen Akademie in Wien auf, das sie 2002 abschloss. Seither unterrichtet sie an verschiedenen Volks-, Haupt- und Fachschulen des Pinzgaues evangelische Religion. 2006 bzw. 2007 schrieb sie das dritte Kinderbuch, "Axel der Superhund", mit einer Arbeitsmappe für Volksschulen und Hauptschulen mit dem Themenschwerpunkt "Eigenverantwortliches Arbeiten und Methodentraining". Seit 2008 unterrichtet sie an der HBLW Saalfelden und an der Schule für Sozialbetreuungsberufe Saalfelden "Polische Bildung und Recht".

Seit November 2008 ist Dr. Tina Widmann Inhaberin der Firma "Recht einfach", die unter anderem kostenlose Rechtsberatungen für Jugendliche und Senioren anbietet, und seit März 2009 leitet sie das erfolgreiche Projekt "MutMachen. Pinzgau" der Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg. Außerdem ist sie Mitarbeiterin der Projekte "Pinzpower vorurteilsfrei" und "Pinzpower gewaltfrei" der Bezirkshauptmannschaft Zell am See sowie Obfrau des Vereins "Mentor/innen für Senior/innen". Schließlich engagiert sie sich seit Jahren gemeinsam mit ihrer Tochter Constanze und Ehemann Paul in der von ihnen gegründeten Jugendgruppe "Jugendliche für Jugendliche" (JufüJu) für Menschen- und Kinderrechte. Dieses soziale Engagement wurde 2007 mit dem 3. Platz und 2009 mit dem 2. Platz des Salzburger Kinderrechtspreises sowie ebenfalls 2009 mit dem Jugendkulturpreis des Landes Salzburg, dem Salzburger Löwen, ausgezeichnet.

Dr. Tina Widmann ist in zweiter Ehe mit dem Volksschuldirektor Paul Widmann verheiratet und Mutter von zwei Kindern aus erster Ehe. o246-30

<http://www.salzburg.gv.at/lkorr-meldung?nachrid=46003nm>

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen: keine

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen:

ÖGB Tirol: Moderne Familienpolitik braucht flächendeckende Kinderbetreuung
imzoom.info

Moderne Familienpolitik heißt nicht, dass sich Frauen alleine um die Versorgung der Kinder zu kümmern haben“, so die Tiroler ÖGB Frauenvorsitzende Urlike ...

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

Kein Anspruch mehr auf Nachmittagsbetreuung im Kindergarten, wenn Mutter mit zweitem Kind in Karenz geht - Eltern fühlen sich vor Kopf gestoßen

Von Christian Rösner

- Mütter beschwerten sich über Willkür.
- Stadtrat: Eigentlich sollte Einvernehmen gesucht werden.
- "Vorübergehende Ressourcenfrage".

Wien. "Als ich mein Kind in den Kindergarten gebracht habe, ist die Leiterin auf mich zugekommen, hat mich gefragt, ob ich schwanger bin, und mir erklärt, dass mein Kind keinen Anspruch mehr auf die Nachmittagsbetreuung hat, wenn ich nicht mehr arbeiten gehe", erklärte eine Mutter empört der "Wiener Zeitung". In einem anderen Kindergarten sei einer Mutter sogar erklärt worden, dass sie 5 Euro pro halbe Stunde bezahlen müsse, wenn sie ihr Kind zu spät abholen komme. Und passiere das öfter als dreimal, würde sie ihren Anspruch auf den Kindergartenplatz ganz verlieren.

"Ja, es stimmt, dass Mütter, die nicht mehr arbeiten gehen, gebeten werden, auf die Nachmittagsbetreuung zu verzichten, weil es noch nicht genug Kindergartenplätze gibt", erklärte die Sprecherin vom zuständigen Jugendstadtrat Christian Oxonitsch. "Aber die Kindergartenleitungen sollen das Einvernehmen mit den Betroffenen suchen, und nicht über sie drüberfahren." Bei dem letztgenannten Beispiel könne es sich nur um einen Einzelfall handeln, dem man sofort nachgehen werde. Und: "Ganz sicher verliert niemand seinen Kindergartenplatz", wurde betont.

Beschwerden an MA10

Außerdem werde auf die soziale Situation Rücksicht genommen. "Das schauen wir uns schon genau an", sagte die Sprecherin. Und falls es zu gar keiner Einigung mit der Leitung kommt, können sich unzufriedene Eltern an die zuständige MA10 wenden.

Es gebe auch die Möglichkeit, sich auf einen Teilzeitbesuch (bis 14 Uhr) zu einigen. Wird

dennoch keine Einigung gefunden, hat allerdings die Betreuungsstätte das letzte Wort: "Diejenigen, die die allgemeinen Geschäftsbedingungen gelesen haben, wissen auch, dass eine Reduzierung der Betreuungszeit vorgenommen werden kann". Und in jedem städtischen Kindergarten sei auf die neuen Geschäftsbedingungen hingewiesen worden, beziehungsweise seien sie dort auch aufgelegt, hieß es.

Für viele Eltern kommt das auf jeden Fall sehr ungelegen. "Wenn beide arbeiten gehen, kann man sich das noch einteilen, aber mit einem Neugeborenen zu Hause ist man nicht mehr so flexibel", meint etwa ein betroffener Vater.

Und für eine Zusatzbetreuung bezahlen kann man auch nicht. "Ich habe in einem wirklich positiven Gespräch mit der Kindergartenleitung versucht darauf hinzuweisen, dass wir gerne für die benötigte ‚Mehrzeit‘ etwas bezahlen, da wir andernfalls ja auch eine Kinderbetreuung als Überbrückung bräuchten. Aber auch das geht nicht. Was ich insofern nicht verstehe, da am Nachmittag kaum noch Kinder da sind", so der Vater weiter.

"Ein reines Ressourcenproblem, das wiederum von Standort zu Standort verschieden ist", wiederholte die Sprecherin von Oxonitsch. In den meisten Kindergärten würden Halbtagspädagoginnen arbeiten. Hier ersuche man um Verständnis: Auf Biegen und Brechen auf die Nachmittagsbetreuung zu bestehen, sei nicht fair gegenüber den berufstätigen Eltern. "Außerdem ist die derzeitige Situation nur vorübergehend", wurde versichert.

"Jeder Platz ist besetzt"

Mit der Umstellung auf den Gratiskindergarten habe es einen enormen Ansturm auf die Kindergärten gegeben. "Momentan ist so ziemlich jeder Platz besetzt", hieß es.

Bei den 3- bis 6-Jährigen liege der Versorgungsgrad bereits bei 100 Prozent – allerdings sei die Auslastung in den einzelnen Kindergärten sehr unterschiedlich. Bei den unter 3-Jährigen wolle man in den nächsten Jahren einen von der EU vorgegebenen Deckungsgrad von 33 Prozent erreichen. Derzeit liegt er bei 26 Prozent. "30 Prozent sollten wir in den nächsten eineinhalb Jahren schaffen", meinte die Sprecherin.

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3902&Alias=wzo&cob=526551>

→ Siehe auch: Kundgebung und flashmob - „Ein weißes Band für Kinderrechte“

FAMILIENPOLITIK

Familien: "Mehr Geld führt nicht automatisch zu mehr Kindern"

Bevölkerungsexperte Rainer Münz erklärt im DiePresse.com-Interview, was es braucht, damit die Österreicher mehr Kinder kriegen und was das Problem am Hausfrauen-Ernährer-Modell ist.

Die österreichische Familienpolitik ist teuer - und wirkt nicht. Rund 8,6 Milliarden Euro geben

Bund und Länder jedes Jahr für Familien aus. Auch pro Kopf sind die Ausgaben überdurchschnittlich. Die österreichische Geburtenrate ist aber im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Bevölkerungsexperte Rainer Münz erklärt, warum die österreichische Familienpolitik nicht geburtenfördernd ist und was es braucht, damit die Österreicher mehr Kinder kriegen.

Die österreichische Familienpolitik ist überdurchschnittlich teuer, trotzdem bekommen die Österreicher unterdurchschnittlich viele Kinder. Reicht Geld nicht? Mehr Geld für Familien führt nicht automatisch zu mehr Kindern. Es gibt in Europa keinen statistischen Zusammenhang zwischen der Höhe der Förderung und der Zahl der Kinder pro Familie.

Das Ziel der österreichischen Familienpolitik ist also nicht, Menschen zum Kinderkriegen zu bewegen.

Der primäre Zweck der Förderung ist ein sozialpolitischer: Die Umverteilung zu Haushalten mit Kindern, um Armut zu verhindern und die Belastung durch Kinderkosten auszugleichen. Das Ziel der Familienpolitik ist kein explizit pro-natalistisches.

Wie müsste denn eine pro-natalistische Familienpolitik aussehen?

Da müssen wir zuerst fragen: Wer bekommt heute keine Kinder? Das sind in Österreich in erster Linie Frauen, die über eine gute Ausbildung und entsprechende Karrieremöglichkeiten verfügen, also insbesondere Akademikerinnen. Viele von ihnen stehen vor der Alternative: Kind oder Karriere. Bei dieser Entscheidung spielt der mögliche Verzicht auf den Beruf und das eigene Einkommen eine viel größere Rolle als die Höhe der Familienförderung. Denn die Familienbeihilfe deckt nur direkte Kinderkosten ab: Windeln, Babymilch, Kinderkleider, Schultasche usw. Die indirekten Kosten, die dadurch entstehen, dass die Mutter auf ihr eigenes Einkommen verzichtet, werden durch diese Umverteilung nicht abgedeckt.

Ist das Problem, dass in Österreich immer noch das Hausfrauen-Ernährer-Modell vorherrscht?

In der Vergangenheit hat das Hausfrauenmodell zu mehr Kindern geführt. Und es ist auch heute so, dass Hausfrauen mehr Kinder haben als berufstätige Frauen. Aber nachdem es immer mehr berufstätige Frauen gibt, führt eine Förderung, die sich vor allem auf Geldleistungen konzentriert, in Summe zu weniger Kindern. Auch in Schweden, Finnland oder Frankreich haben Hausfrauen mehr Kinder als erwerbstätige Frauen. Aber erwerbstätigen Frauen bekommen in diesen Ländern mehr Kinder als erwerbstätigen Frauen in Österreich.

Die beste materielle Absicherung für Frauen und ihre Kinder ist ein ausreichendes Einkommen. Dazu beitragen können: das Erwerbseinkommen der Väter, Transferleistungen des Staates sowie die Möglichkeit für Frauen, selbst erwerbstätig zu sein und für den eigenen Unterhalt sowie den der Kinder sorgen zu können.

Das geht über mehr Betreuungsangebote?

Es geht um eine ausreichende Infrastruktur von der Krippe über den Kindergarten bis zur Ganztagschule. Das muss keineswegs gratis sein. Eltern die genug verdienen, können das auch einen – sozial gestaffelten - finanziellen Beitrag leisten. Die Betreuungsangebote müssen am Wohnort bloß vorhanden sein. Berufstätige Eltern haben in der Regel weder Zeit noch Energie, ganztägige Kindergärten und Schulen zu organisieren. Das ist Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden.

Derzeit gibt es nur für jedes sechste Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz. Ist die

vielbeschworene Wahlfreiheit nicht mehr als eine Floskel?

Die Wahlfreiheit besteht bis zu einem gewissen Grad, ist aber durch den Mangel an Betreuungseinrichtungen eingeschränkt. Da geht es nicht nur um die Unter-Dreijährigen. Es fehlen nicht bloß Kinderkrippen, sondern ganztägige Kindergarten-Plätze und insbesondere Ganztagschulen. Berufstätige Eltern benötigen Schulen, die sicherstellen, dass die Kinder am Abend mit einer gemachten Hausübung und einem bewältigten Lernstoff nach Hause kommen.

Was brauchen wir, um die Menschen zum Kinderkriegen zu bewegen?

Der Wunsch nach Kindern ist in der Bevölkerung nach wie vor vorhanden. Doch manche verzichten auf Kinder, weil nicht klar ist, wie sich Beruf und Kinder vereinbaren lassen. Dieser Konflikt besteht allerdings fast nur für Frauen. Mehr Geld vom Staat hilft da nicht wirklich, ein flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen einschließlich ganztägiger Schulen hingegen schon. Hilfreich wäre auch ein größeres Engagement der Väter. Damit sind wir aber bei Themen, die jenseits der Einflussmöglichkeit von Familienpolitik liegen.

Zur Person

Rainer Münz, geboren 1954 in Basel, leitet die Forschungsabteilung der Erste Group Bank AG und ist Senior Fellow am Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWWI). Er forscht zu Fragen von Bevölkerung und Migration.

http://diepresse.com/home/bildung/erziehung/609095/Familien_Mehr-Geld-fuehrt-nicht-zu-mehr-Kindern

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

"Interpädagogica 2010" im Design Center Linz - BILD

[APA OTS](#)

... Lernbehelfe sowie Programme und Methoden aller pädagogischen Bereiche von der Kindergartenpädagogik bis hin zum kreativen, lebensbegleitenden Lernen. ...

KINDERBETREUUNG

Deutschland – BM Kristina Schröder: "Der Ausbau der Kinderbetreuung muss noch weiter an Dynamik gewinnen"

55.000 neue Plätze für unter 3jährige vor allem in den alten Bundesländern
Der Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland geht weiter voran. So wurden nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes im März 2010 rund 23 Prozent der Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen oder in Kindertagespflege betreut. Vor allem in den westdeutschen Bundesländern gewinnt der Ausbau dabei an Dynamik: Hier wurden rund 45.000 neue Plätze geschaffen (Vorjahr: ca. 38.000), wobei insbesondere Niedersachsen und Schleswig-Holstein stark zulegen (+3,9 bzw. +3,7 Prozentpunkte).

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder:

"Insgesamt 55.000 neue Betreuungsplätze für unter 3jährige in ganz Deutschland - das ist eine gute Nachricht für Familien. Fast überall geht der Ausbau der Kinderbetreuung jetzt deutlich schneller voran als früher. Wir sind aber noch lange nicht am Ziel: Wenn wir wie geplant bis 2013 eine bedarfsgerechten Kinderbetreuung erreichen wollen, muss die Dynamik aufrecht erhalten werden."

Der Bund beteiligt sich bis 2013 mit vier Milliarden Euro am Ausbau der Kinderbetreuung, darunter 2,15 Milliarden für Investitionen. Daraus sind aktuell bereits 1,5 Milliarden Euro für konkrete Projekte bewilligt, was aber erst in den kommenden Jahren Eingang in die Statistik finden wird. Denn tatsächlich überwiesen wird das Geld erst, wenn die Plätze geschaffen wurden. Auch hier ist die Dynamik des Ausbaus sichtbar: So wurden allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 2010 fast 400 Millionen Euro abgerufen, 75 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

"Die Bewilligungen zeigen, dass die Richtung stimmt", so Bundesministerin Schröder. "Aber wir müssen die Abläufe beschleunigen, um die berechtigten Erwartungen der Familien nach einer bedarfsgerechten und qualitativ guten Kinderbetreuung so schnell wie möglich erfüllen zu können. Das wird nur dann funktionieren, wenn die Länder ihren Anteil beisteuern. Ich erwarte, dass alle Verantwortlichen ihre Zusagen einhalten."

Die Länder haben beim "Krippengipfel" im April 2007 zugesagt, die Finanzmittel des Bundes an Kommunen und Träger weiterzuleiten und ihrerseits die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das gemeinsame Ziel, bis 2013 für bundesweit durchschnittlich 35 Prozent der unter dreijährigen Kinder Betreuungsplätze zu schaffen, erreicht wird. Der Bund wird deshalb im kommenden Jahr in einer Zwischenauswertung die Länder nach ihren konkreten Ausbauzielen bis 2013 befragen und darauf bestehen, dass auch von Seiten der Länder die notwendigen eigenen Mittel eingesetzt werden.

"Gemeinsam werden wir die 35 Prozent Betreuungsquote bis 2013 erreichen", betont Kristina Schröder. "Genauso wichtig ist aber, dass wir auch bei der Qualität der Betreuung Fortschritte machen. Die Bundesregierung stellt deshalb unter anderem von 2011 bis 2014 rund 400 Millionen für den Ausbau der Sprachförderung in 4000 Schwerpunkt-Kitas in ganz Deutschland zur Verfügung."

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
E-mail: poststelle@bmfsfj.bund.de
Internet: <http://www.bmfsfj.de>

KINDERRECHTE

BZÖ schlägt "Sachkoalition" vor oe24.at

Zustimmen will das BZÖ etwa der Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung. Seit Jahren herrsche Reformstillstand, so Bucher. Deshalb werde man am 15. ...

[→ Siehe auch: Kundgebung und flashmob - „Ein weißes Band für Kinderrechte“](#)

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

Österreich: Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" startet | Gateo

Plattform EduCare unterstützt die Initiative und bringt sich ein.

[Gateo - http://www.gateo.de/](http://www.gateo.de/)

Österreich: Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" startet ... von PR-Gateway

"Zahlreiche Studien bestätigen, dass Bildung sehr früh beginnt und für Kinder im Alter von null bis sieben Jahren jene Grundsteine legt, auf denen sich künftiges Lernen aufbaut. Kindergarten ist somit das Basisangebot eines modernen ...

[Pressemitteilung & News - Pressemitte... - http://www.pressmap.de/](http://www.pressmap.de/)

Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" wird von Plattform EduCare ...

von PlattformEduCare

Dr. Heidemarie LEX-NALIS, Tel.: +43 (664) 4634580, E-Mail: heide.lex-nalis@plattform-educare.org. Pressemeldung eingestellt von Johannes-Maria Lex - <http://www.Plattform-EduCare.org>. Autor: PlattformEduCare Datum: Nov 2010 Kategorie: ...

[pressemeldungen.at](http://www.pressemeldungen.at) » [Volksbegehren... - http://www.pressemeldungen.at/](http://www.pressemeldungen.at)

News Portal 24 - Schwerpunktpapier zum "Volksbegehren Bildungsinitiative"

von PR-Gateway

Innerhalb der nächsten Wochen wird ein Schwerpunktpapier zum "Volksbegehren Bildungsinitiative" erarbeitet werden. Siehe die Website der ProponentInnen:

<http://www.vbbi.at/> - Educare Heidemarie Lex-Nalis Krausegasse 7a/10 ...

[News Portal 24» News Portal 24 - http://www.news-portal-24.de/](http://www.news-portal-24.de/)

Österreich: Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" startet « ticker2press

von GatewayGer

Heidemarie Lex-Nalis Krausegasse 7a/10 1110. Wien heide.lex-nalis@plattform-educare.org 0043 664 4634580. <http://www.Plattform-EduCare.org>. Tags: Androsch, Bildungsvolksbegehren, Elementarbildung, Keller, Kindergarten, Lex-Nalis, ...

[ticker2press - http://www.ticker2press.de/press/](http://www.ticker2press.de/press/)

Österreich Volksbegehren Bildung ist Zukunft startet

Die Plattform EduCare fordert seit Jahren grundlegende Reformen im ... Die Plattform EduCare unterstützt daher das überparteiliche Volksbegehren ...

www.onejournal.de/92244.html

Österreich: Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" startet ...

von pr-gateway

Die Plattform EduCare fordert seit Jahren grundlegende Reformen im Bildungsbereich ein - die Initiative von Vizekanzler a. D. Dr. Hannes Androsch und seines prominenten ProponentInnen-Teams, ein Volksbegehren einzuleiten, wird daher von ...

Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" wird von Plattform EduCare ...

von PlattformEduCare

Die Plattform EduCare fordert seit Jahren grundlegende Reformen im Bildungsbereich ein – die Initiative von Vizekanzler a. D. Dr. Hannes Androsch und seines.

Österreich: Volksbegehren "Bildung ist Zukunft" startet

Raphaela Keller, Heide Lex-Nalis, Gernot Rammer und Brigitte Zielina sind ... heide.lex-nalis (at)plattform-educare.org 0043 664 4634580 <http://www. ...>

www.internet-intelligenz.de/.../oesterreich-volksbegehrenundq...

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

Kundgebung und flashmob - „Ein weißes Band für Kinderrechte“

Am 20. November findet wieder der Internationale Tag der Kinderrechte statt. Seit mehr als 20 Jahren organisieren die Kinderfreunde Aktionen, die auf die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen aufmerksam machen sollen. Heuer stehen aus gegebenem Anlass die Rechte von Flüchtlingskindern im Vordergrund. Von Kindern, deren Familien bei uns Schutz und eine neue Heimat suchen.

Die Aktion:

**Wir wollen am
20. November zwischen 14.00 Uhr und 15.00 Uhr
möglichst viele Menschen aufrufen, ein Zeichen für die Verankerung der
Kinderrechte in die Bundesverfassung zu setzen.
Im Rahmen eines
„flashmobs“ sollen um 14.22 Uhr
alle Menschen für die Kinderrechte aufstehen, eine Minute stehen bleiben und ein
weißes Tuch (zum Beispiel Taschentücher, Stoffwindeln etc.) in die Luft halten.**

Ein Video dazu gibt es unter <http://www.youtube.com/watch?v=xDBIT0QD41U>

Auf der Straße, in Kaufhäusern, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder zuhause aus den Fenstern wird ein Zeichen gesetzt, um die Regierung wachzurütteln endlich die Kinderrechte in die Bundesverfassung zu heben. Darüber hinaus wollen wir zu einer Kundgebung am Stephansplatz aufrufen, wo der flashmob organisiert stattfinden soll – so wird der Stephansplatz in ein Meer von weißen Tüchern getaucht.

Hintergrund:

Wenn gut integrierte Kinder von der Polizei aus den Klassenzimmern oder ihren Betten

geholt werden, Halbwaisen in das sichere Elend eines mongolischen Kinderheimes oder ein Leben auf der Straße geschickt werden, weil ihre Mutter tot ist und ihr Vater bei seiner Rückkehr sofort verhaftet wird, läuten bei allen Menschen mit Herz und Hirn die Alarmglocken. Gerade während der letzten Wochen und Monate ist der Ruf nach Einhaltung der Kinderrechte aufgrund der vielen tragischen Einzelfälle immer lauter geworden. Zuletzt hat unser Bundespräsident Dr. Heinz Fischer die Abschiebep Praxis kritisiert und die Bundesregierung aufgefordert, endlich bei dem Thema Kinderrechte aktiv zu werden. Die Plattform „Gegen Unrecht“, der auch die Kinderfreunde angehören, hat binnen weniger Tage über 100.000 Unterschriften übers Internet gesammelt.

Was wir uns von allen Kinderfreundinnen und Kinderfreunden wünschen:

Steht auf für die Kinderrechte! Denn **alle** Kinder haben Rechte. Und in Österreich sind sehr viele noch nicht gesetzlich verankert. Teilt allen Menschen, die ihr kennt – persönlich, telefonisch, via E-Mail oder Facebook mit, dass sie am

Samstag, dem 20. November 2010 um 14 h auf den Stephansplatz kommen oder sich am flashmob

beteiligen sollen.

Wir werden auch zahlreiche andere Organisationen und Vereine aufrufen, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Denn: Je mehr Menschen mit uns gemeinsam für die Kinderrechte aufstehen, umso deutlicher können wir der Regierung zeigen, wohin der Weg führen muss: Zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft, die alle Kinder und jungen Menschen in diesem Land respektiert, schützt und fördert. Denn damit wird unsere Zukunft gefördert. Daher: Kinderrechte in die Verfassung!

In der großen Hoffnung auf zahlreiche Unterstützung verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Wiener Kinderfreunde
Christian Morawek
Geschäftsführer

➔ **Siehe auch pdf-Beilage „flugblatt...“**

VOLKSBEGEHREN BILDUNGSINITIATIVE „BILDUNG IST ZUKUNFT“

Die Mitglieder der Plattform EduCare und alle an der Weiterentwicklung der Elementarpädagogik Interessierten können mit dafür sorgen, dass in die endgültige Formulierung des geplanten Volksbegehrens auch die *Elementarpädagogik* explizit aufgenommen wird.

In den aktuellen Ausführungen zum Start Ihres Bildungsvolksbegehrens **vermissen wir bislang die konkrete Nennung der *Elementarpädagogik*** mit Berücksichtigung der berufsbegleitenden Ausbildungen für pädagogische Fachkräfte, wie zum Beispiel KindergruppenbetreuerInnen und Tagesmütter

Wir meinen, dass Bildung nicht erst in der Schule, sondern bereits mit der Geburt beginnt –

deshalb setzen wir uns auch für die Anerkennung des Kindergartens als Elementarbildungseinrichtung ein und versuchen, entsprechende Formulierungen in allen öffentlichen Äußerungen zu erwirken – also auch in dem geplanten Volksbegehren.

Die Mitglieder der Plattform EduCare und alle an der Weiterentwicklung der Elementarpädagogik Interessierten können mit dafür sorgen, dass in die endgültige Formulierung des geplanten Volksbegehrens auch die *Elementarpädagogik* explizit aufgenommen wird.

Die Möglichkeit dazu besteht durch Eintrag und entsprechende Formulierung im Bereich „Mein Statement“ - etwa mit dem Text „*Ich unterstütze das Volksbegehren Bildungsinitiative, weil ich hoffe, dass der gesamte Bereich der Bildung - von der Geburt ("Elementarpädagogik") über die Schule ("Primar-/Sekundarpädagogik") und die Tertiäre Bildung bis zum lebenslangen Lernen darin enthalten sein wird: und damit - auch wenn kein Gesetz daraus entstehen sollte - ein weiterer wichtiger Schritt zur Thematisierung dieses für Österreich wohl wichtigsten Zukunftsproblems gesetzt wird.*“

Eintragungslink:

<http://www.vbbi.at/als-unterstuetzerin-registrieren/>

Bitte beachten Sie, dass Ihre Registrierung auf dieser Website *keine* amtlich gültige Unterstützungserklärung ist. Mit Ihrer Registrierung auf der "Volksbegehren-Bildungsinitiative"-homepage bekunden Sie Ihre Befürwortung der Aktion.

Mit der Registrierung erklärten Sie sich mit der Speicherung Ihrer Daten und der Nennung Ihrer Person auf der "Volksbegehren-Bildungsinitiative"-homepage einverstanden. Sollten Sie ein Statement speichern, erteilen Sie damit Ihre Zustimmung für die Veröffentlichung desselben auf der "Volksbegehren-Bildungsinitiative"-homepage.

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events](#)

Frühe Mehrsprachigkeit als Potential

Datum: Mittwoch 17. November 2010; 17:00-20:00 Uhr

Ort: Uni Aula/Campus Universität Wien, Spitalgasse 2/Hof 1, 1090 Wien

Die Mehrsprachigkeit und deren Förderung gehört im Integrationshaus zum Alltag und ist ein zentrales Anliegen. Die Veranstaltung beschäftigt sich vor allem mit der Frage der Förderung der frühen Mehrsprachigkeit. Nur durch entsprechende wissenschaftliche Informationen und Reflexionen über das Sprachsystem sowie über Komponenten und Prozesse des Spracherwerbs kann die frühe Mehrsprachigkeit bei Kindern aller Muttersprachen gefördert werden.

Woraus besteht die beneidenswerte Fähigkeit der Kinder, mit Sprache umzugehen? Welche Kompetenzen brauchen PädagogInnen, um mit mehreren Sprachen in Kindergärten und

Schulen kompetent umzugehen? Welches theoretische und methodische Wissen kann da hilfreich sein? Wie müssen sich die Rahmenbedingungen in Kindergarten und Schule verändern, damit Mehrsprachigkeit optimal gefördert werden kann? Welche Änderungen brauchen wir in der Ausbildung von PädagogInnen?

Moderation:
Münire *Inam*

Vortrag:
„Wie Sprache funktioniert - Sprachwissen als Mittel zur Integration“, Susanna *Buttaroni*

Podiumsdiskussion:
Susanna *Buttaroni*, Sprachwissenschaftlerin, Zentrum für Fernstudien der Universität Linz
Rudolf *De Cillia*, Sprachwissenschaftler, Institut für Sprachwissenschaften, Universität Wien
Gabriele *Khan*, Erziehungswissenschaftlerin, Vizerektorin für Forschung und Entwicklung, Pädagogische Hochschule Kärnten
Heide *Lex-Nalis*, eh.BAKIP Direktorin, steuerndes Mitglied der Plattform "EDUCARE"
Milka Ninic, Kindergartenpädagogin

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:
Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265
Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.